

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

10.3.1928 (No. 60)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. A. M. u. D.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2.— RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstags 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassencabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageretzung, zwangsweiser Vertreibung, und Kontroversverfahren fällt der Fall die Zeitung verfehlt, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unerlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsbasis erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Die Lage in Genf

Heute Wahl der Saarkommission

M. Berlin, 10. März. (Priv.-Tel.) Um 10.30 Uhr hat heute — wie aus Genf gemeldet wird — die Konferenz des Völkerbundsrats begonnen. Es handelt sich dabei in erster Linie um Finanzfragen, namentlich um Anleihegewährungen an Bulgarien und Portugal, von denen man freilich annimmt, daß sie zum Teil noch eine Verschiebung erfahren. Im Anschluß findet heute eine Geheimnisfeier statt, worin der für Deutschland interessanteste Punkt, die Neuwahl der Saarkommission, ist. Vermutlich werden die Mitglieder wieder gewählt, bis auf den Vorsitzenden, den Belgier Lambert, der endgültig ausscheidet. Wahrscheinlich wird er ersetzt werden durch den Bürgermeister von Helsingfors (Finnland), Ehrenroth. Berichterstatter ist der Italiener Scialoja.

Die übrigen Fragen dürften eine Verschiebung erfahren, namentlich die ungarische Waffenangelegenheit, über die zunächst die vom Völkerbundsrat eingesetzte Dreierkommission ihren Bericht erstattet. Es ist nicht ganz klar, wie die Dinge dort laufen sollen, doch meint man im allgemeinen dazu, daß der Rat das von Ungarn vorgelegte Material als nicht ausreichend bezeichnen wird und daß dann die Kommission vielleicht an Ort und Stelle, also in Szent-Gothard, neue Erhebungen anstellen wird.

Eigenartig sind die Dinge in der Sicherheitskommission verlaufen, wo die deutschen Anregungen vollkommen beiseite geschoben wurden. Das heißt, man hat sie ganz freundschaftlich zunächst vertagt, was aber im wesentlichen auf eine Nichterledigung hinausläuft. Dagegen ist man den französischen Vorschlägen, Regionalverträge abzuschließen, also Sicherheitsabkommen zwischen Nachbarstaaten — die Vorschläge wollen Deutschland zu einem *Quarantäne* zwingen — näher getreten. — Das ist gegen die deutsche Auffassung, und es ist noch nicht ganz klar, wohin dieser Erfolg der französischen Auffassung führen kann.

In der Freitagssitzung des Völkerbundsrates fand ein Antrag Chamberlains, den ungarisch-rumänischen Opatantstreit vor dem Haager Schiedsgericht auszutragen, die Zustimmung aller an dem Konflikt nicht beteiligten Staaten. Die Parteien haben sich noch zu erklären.

Der Völkerbund genehmigte den Text der an Brasilien und Spanien wegen des Wiedereintritts in den Völkerbund zu richtendem Schreiben. Die polnisch-litauische Angelegenheit wird auf der nächsten Ratstagung behandelt werden.

Zu Nachrichten, daß der Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, beabsichtigt, zurückzutreten, und daß wahrscheinlich der tschechische Außenminister, Dr. Beneš, zu seinem Nachfolger ernannt werden würde, wird in Völkerbundkreisen aufs bestimmteste erklärt, daß es sich um eine freie Erfindung handelt.

Die Kämpfe an der Iraqgrenze

WTB. London, 10. März. (Tel.) „Morning Post“ berichtet aus Basra: Bei den Anrücken an der südwestlichen Grenze des Iraq handelt es sich anscheinend diesmal um etwas ernstes, als um die üblichen Raubzüge einzelner Stämme. Dank der britischen Luftstreitkräfte werden jedoch die Operationen jetzt weit in die Wüste getrieben, und die heftigste Landbesetzung des Iraq kann deshalb einwirken an ihren Wohnstätten bleiben. Fast alle Geschwader der britischen Luftstreitkräfte sind eingesetzt. Operationsbasis ist Ir in Chalaba. Einige indische Truppen wurden vor kurzem nach Chalaba verlegt. Dagegen bleiben die Truppen des Iraq auch jetzt noch in ihren Garnisonen. Ein britisches Flugzeug wurde abgeschossen; es gelang dem Führer, es in Brand zu stecken, bevor er selbst erschossen wurde. Ein anderer Flieger wurde unter aufregenden Begleitumständen gerettet. Sein Flugzeug wurde abgeschossen, zwei andere Flugzeuge landeten aber an seiner Seite, und er entkam an Bord des einen. Der britische Kreuzer „Emerald“ und zwei andere in Kuwait befindliche britische Schiffe haben Landungsabteilungen ausgesandt.

Der Waffenhandel nach China

WTB. Peking, 10. März. (Tel.) In Anbetracht dessen, daß die nie endenden chinesischen Bürgerkriege sich nun auf fast das ganze Land ausgedehnt haben, hat das diplomatische Korps beschlossen, die Regierung telegraphisch zu erlöchen, das Verbot der Waffenausfuhr nach China, das 1919 in Kraft trat, wirksamer zu gestalten. Die Diplomaten lenken die Aufmerksamkeit ihrer Regierungen auf die Wichtigkeit des betreffenden Abkommens, das die Notwendigkeit ausdrückt, die Waffenausfuhr und den Waffentransit nach China zu verhindern. Das Telegramm ersucht die Mächte, die bis jetzt keine entsprechenden Maßnahmen ergriffen haben, es sobald wie möglich zu tun.

Die Neuwahlen im Saargebiet. Der Präsident der Regierungskommission für das Saargebiet hat die Sitzungsperiode des Landrats des Saargebietes bis zum 8. März für geschlossen erklärt. Die Neuwahlen finden am 25. März statt.

Letzte Nachrichten

Der Konflikt in der Berliner Metallindustrie

WTB. Berlin, 10. März. Die angekündigte Ausdehnung des Streikes der Werkzeugmacher ist am heutigen Samstag ausgeführt worden. Gemäß dem Beschluß des Deutschen Metallarbeiterverbandes sind heute früh die Werkzeugmacher bei dem AEG-Konzern, der dazu gehörigen Firma Dr. Meyer, der AG und der Synchro-Telephonwerke und der Schraubenindustrie (vorm. Berliner Telephonwerke) in den Ausstand getreten. In diesen Betrieben sind zusammen etwa 700 Werkzeugmacher beschäftigt. Von dem Konflikt in der Berliner Metallindustrie werden nach einer Korrespondenzmeldung nunmehr mit den bestreikten und stillgelegten Betrieben etwa insgesamt 100 000 Metallarbeiter betroffen.

WTB. Berlin, 10. März. (Tel.) Wie wir erfahren, fanden den ganzen Vormittag über beim Schlichter a. D. Wiffel eingehende Beratungen über die Frage der Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches für die Berliner Metallindustrie statt. Eine Entscheidung darüber, ob der Schiedspruch verbindlich erklärt wird, ist bis gegen Mittag noch nicht getroffen. Sie wird für heute nachmittag erwartet. Es verläutet, daß die Beratungen beim Schlichter auch der Erwägung gelten, ob es nicht zweckmäßiger ist, erst noch einmal eine neue Schlichtungskammer zu bilden, die eine weitere Annäherung der Parteien zu erreichen versuchen würden. Die Entscheidung des Schlichters ist im Laufe des Nachmittags zu erwarten.

Wiederwahl des gemahregelten Bürgermeisters von Hagenuan

WTB. Paris, 10. März. (Tel.) Der neugewählte Municipalpatat von Hagenuan hat in seiner getrigen ersten Sitzung den feinerzeit gemahregelten Bürgermeister von Hagenuan, Weiß, nachdem seine Partei bei der Neuwahl den Sieg davongetragen hatte, einstimmig wiederum zum Bürgermeister gewählt.

Verammlungstummheit in Lyon

WTB. Paris, 10. März. (Tel.) Das „Deuvre“ berichtet aus Lyon, daß dort gestern abend Anarchisten eine kommunistische Versammlung zu sprengen versuchten. Sie feuerten auf die Tribüne zahlreiche Schüsse ab. Es kam zu einem Handgemenge, in dessen Verlauf von der Schußwaffe mehrfach Gebrauch gemacht wurde. Im ganzen sind sechs Personen verletzt worden. Die Versammlung mußte abgebrochen werden.

Nachwehen der Wahlen in Polen

WTB. Warschau, 10. März. (Tel.) Wie die nationaldemokratische „Gazeta Warszawska“ behauptet, werden die Sejmwahlen im Wahlkreis Gnesen wahrscheinlich wiederholt werden, weil die sozialdemokratischen Stimmen wegen eines Formfehlers bei der Einbringung der Liste annulliert worden sind. Das gleiche Blatt tritt dafür ein, daß im nördlichsten Wahlkreis des Korridor, Dirschau, die Wahlen wiederholt werden, weil im Hafentort Obingen wegen schlechter Organisation der Wahlen 2000 polnische Wähler gar nicht hätten abstimmen können, was erst die Wahl des deutschen Kandidaten ermöglicht haben soll. Es wäre für den Fall einer Wiederholung der Wahl nicht nur in Dirschau, sondern auch in Gnesen ein neugewonnenes deutsches Mandat zu verteilen.

Aufführung des Cavell-Films in Brüssel

WTB. Paris, 10. März. (Tel.) Habas berichtet aus Brüssel: Der Miß-Cavell-Film wurde gestern in einem Kino vor zahlreichem Publikum, unter dem sich auch der frühere Außenminister Vanderveelde befand, aufgeführt. Während der Vorführung wurde vollkommene Stillschweigen bewahrt. Nach Schluß der Vorführung wurde vom Publikum kräftig applaudiert. Zwischenfälle haben sich nicht ereignet. — Wrigens wurde gestern an anderer Stelle noch ein zweiter Cavell-Film mit dem Titel „Zum Ruhm der Edith Cavell“ herausgebracht.

Um 5 Millionen Dollars Sowjetgeld

WTB. New York, 10. März. (Tel.) Seit einiger Zeit beschäftigt sich die amerikanische Öffentlichkeit lebhaft mit dem Schicksal einer Goldsendung von fünf Millionen Dollars, die aus Sowjetrußland an die Chase National Bank überwiesen wurden. Wie nunmehr gemeldet wird, soll die Bank von Frankreich gesetzliche Schritte unternommen haben, um auf diese Summe, deren Bestimmung nicht geklärt werden konnte, Beschlag zu legen. Die Bank von Frankreich soll als Begründung geltend machen, daß sie vor der Sowjetrevolution einen Betrag in gleicher Höhe bei der russischen Staatsbank deponiert habe.

Max Volung freigelassen. Der Ingenieur Max Volung, der in Mexiko unter der Beschuldigung verhaftet worden war, Attentate gegen Colles und Obregon vorbereitet zu haben, ist freigelassen worden, nachdem sich seine Unschuld erwiesen hat.

* Gegensätze unter den einstigen Koalitionsgegnern

Als sich die bisherigen Regierungsparteien schlecht und recht über das Notprogramm geeinigt hatten und die Durchführung dieses Arbeitsprogrammes nunmehr begann, hat vielleicht mancher geglaubt bzw. gehofft, es werde sich unter dem Zwang gemeinsamen sachlichen Schaffens doch wieder ein besseres Verhältnis unter den früheren Koalitionsgegnern anbahnen lassen. Wer die wahre Stimmung, zum mindesten bei der Zentrumspartei kannte, wird allerdings von vornherein solche Hoffnungen als verfehlt empfunden haben. Dazu ist die Enttäuschung über das Scheitern des Reichsschulgesetzes innerhalb der Zentrumsfraktion doch zu groß. Das Zentrum hat überhaupt von dieser Rechtskoalition sehr viel Ärger und fast gar keinen Nutzen gehabt. Sinzu kommen die Rücksichten auf den Wahlkampf. Wie die Wähler über die Politik der Rechtskoalition denken, hat sich bei den Landes- und Kommunalwahlen der letzten Zeit zur Genüge gezeigt. Die Sache der Deutschnationalen steht so schlecht, als nur irgend möglich. Dagegen haben die Oppositionsparteien, und zwar neuerdings auch die Demokraten, erhebliche Gewinne zu verzeichnen. Das Zentrum ist klug genug, um seine Interessen nicht mit denen einer Partei zu verknüpfen, die, wie die Deutschnationale Volkspartei, auf so schwankendem Aste sitzt.

Gerade die letzte Woche hat neue Belege dafür geliefert, daß allem sachlichen Zusammenarbeiten für das Notprogramm zum Trotz sich die Gegensätze eher vergrößert als verkleinert haben. Die Koalition ist in der Tat erlebte, und die einzelnen Koalitionsparteien waren sich bereits wieder das Recht der freien Kritik am ehemaligen Partner. Man geht noch ein Stückchen Weges zusammen, um das Notprogramm zu erledigen. Dann sagt man sich Adieu, und schon während der gemeinsamen Wanderung unterhält man sich über die Sünden, die der andere auf sich geladen hat.

Natürlich stehen hinter solchen kritischen Diskussionen ganz bestimmte, sachliche Gegensätze. Es ist keineswegs nur das Gefühl, nur die Berärgerung, welche den Unterhaltungen untereinander den Ton der Bereztheit verleiht. Persönlich ist man wohl überhaupt gar nicht so schlecht miteinander ausgekommen, als es jetzt den Anschein hat. Es waren faktisch die Meinungsunterschiede, welche das Gebäude der Rechtskoalition zerstörten. Und diese Differenzen bestehen ungemindert fort. So wird man zum Beispiel Zentrum und Deutsche Volkspartei, wenn jedes bei seiner Ansicht beharrt, in der Frage des Reichsschulgesetzentwurfs überhaupt nicht in absehbarer Zeit unter einen Hut bringen können.

Sehr schwerwiegend sind die Gegensätze auf wirtschaftspolitischem Gebiet. Hier stehen sich Deutsche Volkspartei und Deutschnationale Volkspartei recht schroff gegenüber. Das hat sich am besten bei der Rede des der Deutschen Volkspartei angehörenden Reichswirtschaftsministers Dr. Curtius gezeigt. Curtius hat sich nicht scheut, ganz offen gegen seinen Ministerkollegen, den deutschnationalen Ernährungsminister Schiele, zu polemisieren. Er hat dabei in seiner Rede eine Reihe von Gedanken vertreten, die lebhaft Beachtung verdienen und von einer zweifellos richtigen Beurteilung unserer Wirtschaftslage Zeugnis ablegen.

Aber auch sonst hat sich das Verhältnis zwischen Deutschnationalen und Deutscher Volkspartei offenbar zugespitzt. So wird aus einzelnen Wahlfreien gemeldet, daß sie und da die Deutsche Volkspartei von den Deutschnationalen abgerückt sei und ihnen das bisherige lokale Wahlbündnis aufgekündigt habe. Auch im Reichstag ist es kürzlich zu einem Zusammenstoß gekommen, und zwar bei der zweiten Beratung des Verkehrssetats. Der deutsch-volksparteiliche Redner, Abg. Dr. Mittelmann, hatte gesagt, daß mit dem Amt eines Verkehrsministers nicht auch das nötige Wissen übertragen werde, und daß seit dem Ausscheiden des deutsch-volksparteilichen Verkehrsministers Dr. Krohne das Verkehrsministerium in der Schätzung der Öffentlichkeit verloren habe. Darauf hat dann der Sprecher der Deutschnationalen, der Abg. Dr. Quast, erklärt, es komme nicht darauf an, welche Schule ein Mann durchläuft, sondern, wie er sich in der Schule des Lebens bewährt; es gebe keinen häßlicheren Hochmut als den Hochmut der Bildung.

.... der Beilage: 19. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Und nun kam das wahrhaft Amüsante: der Abg. Dr. Mittelmann erwiderte; und was er dabei sagte, ist so interessant, daß wir es im Wortlaut wiedergeben möchten:

„Zu der Bemerkung des Abg. Quack, daß es weniger auf die Schulbildung, als auf die Schule des Lebens ankomme, habe ich aus vollem Herzen Bravo! und Sehr richtig! gerufen, denn das ist auch mein Standpunkt. Herr Dr. Quack hat aber diesen Standpunkt nicht immer eingenommen (Sehr wahr! links). Ich erinnere daran, wie er und die Deutschnationalen über den „Sattlergeßellen“ Ebert und den „Schlosser“ Sebering hergefallen sind (Stürmische Zustimmung links), wie sie sich entrüstet haben, wenn ein Arbeitersekretär Landrat wurde (Sehr wahr! links). Ich habe die Heranziehung tüchtiger Arbeiter zu solchen Posten immer begrüßt. So weit gehe ich allerdings nicht, daß ich sachmännische Qualitäten für überflüssig oder gar schädlich bei einem Minister halte. So hat auch der Herr Abg. Dr. Quack nicht gedacht, als er Mitglied unserer Fraktion war; das hat er erst bei den Deutschnationalen gelernt (Weiterkeit).“

Für die Deutschnationalen sind diese Worte des Abg. Mittelmann eine wenig angenehme Belehrung. Denn so war es ja in der Tat, daß gerade aus ihren Kreisen heraus über den „Sattlergeßellen“ Ebert und über den „Schlosser“ Sebering gewitzelt wurde, — bis zu dem Moment, in dem ein deutschnational gefinnter Arbeiter Verkehrsminister wurde.

Es ist erfreulich, daß Dr. Mittelmann Herrn Quack so schlagfertig geantwortet hat. Aber wir möchten doch daran erinnern, daß leider auch bei der Partei des Herrn Mittelmann Leute genug zu finden waren und noch heute zu finden sind, die sich ähnliche Witzereien zuschulden kommen lassen und des häßlichen Hochmuts der Bildung nicht bar sind. Die ganze Debatte enthüllte jedenfalls von neuem, wie bedeutsam die Gegensätze auch zwischen Deutschnationalen und Deutsch-Volksparteilern sind.

Deutscher Reichstag

W.B. Berlin, 9. März.

Die zweite Beratung des Haushaltes des Reichsverkehrsministeriums wird fortgesetzt.

Abg. Engberding (D. Vp.) weist darauf hin, daß in manchen Produktionsgebieten die Frachten eine größere Rolle als die Löhne bei den Produktionskosten spielen. Die Vollenkung des Mittellandkanals dürfe nicht länger verzögert werden. Die industrielle Entwicklung Deutschlands wäre ohne die Binnenschifffahrt gar nicht möglich gewesen. Die Not wird uns zu Reichszuschüssen zwingen, mit denen wir auch Arbeit für unsere Erwerbslosen schaffen können.

Abg. Frau Dr. Lüders (Dem.) wendet sich gegen die Absicht, bei der Schaffung von zwei Klassen auf der Reichsbahn den Fahrpreis für die billigste Klasse über den Preis der jetzigen vierten Klasse hinaus zu erhöhen.

Abg. Hartmann (Dnt.) beklagt die ungünstigen Eisenbahnverbindungen in dem wirtschaftlich so stark entwickelten Freistaat Sachsen.

Abg. Dr. David (Soz.) fordert einen Neubau der Mainzer Rheinbrücke und verlangt Verkehrsverbesserungen für das Mainzer Gebiet. Für die Reichswasserstraßendirektion sei Mainz der geeignete Platz.

Abg. Groß (Zentr.) bedauert, daß für rentable Anlagen der Reichsbahn die laufenden Einnahmen in Anspruch genommen werden müssen. Den wirtschaftlichen Bedürfnissen des deutschen Südens sollte bei der Tarifgestaltung besser Rechnung getragen werden. Die Vollenkung des Mittellandkanals sei in Frage gestellt wegen des Wassermangels. Man sollte deshalb jetzt dieses Projekt ruhen lassen.

Abg. Günlich (Soz.) tritt für den Ausbau der Oberwasserstraße ein. Das Interesse Oberschlesiens erforderte einen leistungsfähigen Wasserweg nach der Ostsee. Die durchaus lösbare Frage der Wasserbeschaffung sei kein Grund, auf die Vollenkung des Mittellandkanals einfach zu verzichten.

Abg. Schmidt-Dannover (Dnt.) fordert den Ausbau der Harzalsperren.

Abg. v. Kemnitz (Dnt.) fordert vertrauensvolle Zusammenarbeit aller Beteiligten auf dem Gebiete des deutschen Luftverkehrs.

Reichsverkehrsminister Dr. Koch verweist darauf, daß nach den bisherigen Zuständigkeitsverhältnissen das Reichsverkehrsministerium nicht in der Lage sei, irgendwelche Zuschüsse zum Straßenbau zu geben. Das Ministerium könne nur auf Vereinheitlichung des Straßenbauwesens hinwirken. Zu der Anregung des Abg. Wieser auf Bau besonderer Autostraßen sei darauf hinzuweisen, daß Straßenabgaben nicht erhoben werden dürfen. Das verkehrte Schlagbaumwesen solle nicht erneuert werden. Es wäre am wenigsten mit dem modernen Automobilverkehr vereinbar. Der Bau der neuen Rheinbrücken bei Ludwigshafen, Speyer u. Mainz werde voraussichtlich im Spätherbst beginnen können. Zu einem Antrag der Volkspartei auf Bewilligung von zwei Millionen zur Fertigstellung des neuen Zeppelinluftschiffes erklärt der Minister, daß die dazu benötigten Mittel schon bereitgestellt seien.

Ein Regierungsvertreter geht dann auf die Kündigung des Sieflavertages durch die Reichsbahn-Gesellschaft ein und bezeichnet die für die Kündigung vorgebrachten Gründe als nicht stichhaltig. Das Ministerium sei nicht in der Lage, die Zurücknahme der Kündigung zu erzwingen. Zur Übernahme von Bahnhofs- und Betriebswirtschaften durch die Mitropa habe das Ministerium von der Reichsbahn-Gesellschaft das Zugeständnis erreicht, daß die Bahnhofs- und Betriebswirtschaft Altona in dieser Beziehung eine Ausnahme bleiben und die Vergebung anderer Bahnhofs- und Betriebswirtschaften in der früheren Weise geschehen soll.

Abg. Krüger-Merzbach (Soz.) wünscht die Verwaltung des Kraftwagenverkehrs in gemeinwirtschaftlicher Weise.

Es schließt die Aussprache. Die Abstimmungen werden um 18 Uhr auf die nächste Sitzung vertagt, die am Dienstag, den 13. März 14 Uhr stattfindet. Auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung stehen außerdem der Nachtragsetat für 1927, das Abfertigungsgesetz zur Strafrechtsreform, verschiedene kleinere Vorlagen und der Reichswehretat.

Versuche mit einer neuen preussischen Polizeiuniform werden jetzt für die Schutzpolizei und Landjäger in Berlin, Breslau und Bochum stattfinden, wo je eine Bereitschaft und ein Polizeirevier mit sämtlichen Beamten und Polizeioffizieren entsprechend eingekleidet werden. Danach soll erst entschieden werden, ob sich das neue Jackett mit Krage und Kravatte vom polizeilichen und finanziellen Standpunkte aus als Verursachung für die Polizei und Landjäger eignet.

Politische Neuigkeiten

Das Bauprogramm 1928

Der Wohnungsausschuß des Reichstages schloß die Beratung mit der Annahme einer großen Anzahl von Entschlüssen ab.

Danach sollen zur Deckung des Fehlbetrages von 1927 für Auslandsanleihen bis zu 350 Millionen gefordert werden. Neben Kleinrenten und Eigenheimen sind Zwei- oder Dreizimmerwohnungen mit Küche zu bevorzugen. Neben der Hauszinssteuer sollen in möglichst starkem Maße Mittel der Sparbanken, der öffentlichen Kreditanstalten und der Sozialversicherungsanstalten, namentlich der Arbeitslosenversicherung, herangezogen werden.

Für die Hauszinssteuer wurden folgende Grundsätze aufgestellt:

Die Hauszinssteuerhypotheken und die Steuererlässe gehören dem Reiche. Die Kontrolle über ihre richtige Verwendung wird reichsrechtlich gesichert. Die Rückflüsse sind ausschließlich für den Kleinwohnungsbau und für die Verzinsung und Tilgung der Bauanleihen zu verwenden, keinesfalls aber zur Deckung von Verwaltungsausgaben. Bei Verteilung der Gelder sind die privaten Bauunternehmen ebenso zu berücksichtigen, wie die gemeinnützigen.

Hauszinssteuermittel und andere öffentliche Mittel sind nur zu bewilligen, wenn die endgültige Finanzierung des Bauvorhabens gesichert ist. Bei Neugefaltung der Gebäudeeigentumssteuer sollen Hauseigentümer für Reparaturen und Erhaltung von Kleinwohnungen umzinsliche und niedrig amortisierbare Darlehen erhalten.

Zum Schluß erklärte es der Ausschuß für notwendig, planmäßig bis Ende 1935 in jedem Jahre möglichst weit über 200 000 Wohnungen zu bauen.

Der Nachtragshaushalt für 1927

Der Nachtragsetat für 1927 liegt jetzt auch dem Reichstag vor. Er enthält neben den bereits bekannten großen Kosten für die Besoldungsreform, für die Liquidationsgeschädigten, für die Grenzgebiete, für die Sozial- und Kleinrentner, für die Unwetterkatastrophen, für die Anleiheablösung, für die Abfindung von Ländersprüchen und den 7 Millionen zur Umrüstung der Hörsaalgebäude noch zahlreiche kleinere Anforderungen. In a. sollen zur Beschaffung von Dauerkrediten für Flüchtlingskinder 4 050 000 Mark dienen.

Der Nachtragsetat schließt nach der Regierungsvorlage mit 591,4 Millionen ab, nach den Beschlüssen des Reichstages mit 598,9 Millionen. Der Reichstag hätte den Ansatz zur Umrüstung der Unwetterkatastrophen um 3,5 Mill. erhöht und einen neuen Ausgabeposten von 4 Mill. zur Behebung der Notlage kleiner Binnenschiffer eingestellt. Der für die einmalige Abfindung von Ländersprüchen ausgeworfene Betrag von insgesamt 56 Millionen Reichsmark verteilt sich folgendermaßen: 3,4 Millionen für die Verwaltung von Staatsschulden, 22 Millionen Reichsmark für die Verlegung landeseigener Finanzgebäude, 23 Millionen Reichsmark für Zwecke polizeilicher Schutzes. Von den 81 Millionen Reichsmark für die Grenzgebiete entfallen auf Ostpreußen 60 Millionen Reichsmark, auf besonders bedrängte westliche Grenzgebiete 12,5 Millionen Reichsmark, auf den Wohnungsbau in den östlichen Grenzgebieten 8 Millionen Reichsmark und auf die Frankeneinwohner an der Saarergrenze 2,5 Millionen Reichsmark. Ferner sollen zur Nationalisierung industrieller Betriebe in besonders gefährdeten Grenzgebieten bis zu 12 Millionen Reichsmark übernommen werden.

Preußen gegen das Banzerschiff

Der preussische Ministerpräsident Braun hat im preussischen Landtag noch einmal die ablehnende Haltung Preußens zum Bau des viel umstrittenen Banzerschiffes begründet. Vor zwei Jahren noch habe der Chef des Admiralstabes im Reichstag erklärt, daß der Bau von Banzerschiffen in der Art, wie der Verfallener Vertrag sie erlaube, völlig unzweckmäßig sei. Der Verfallener Vertrag habe Deutschland ganz bewußt nur solche Kriegsinstrumente belassen, die heute nicht mehr wirksam sind. Auch Ostpreußen sei mit dem Bau des Banzerschiffes nicht zu helfen. — Der altsozialistische sächsische Ministerpräsident Seibt hatte im Landtag auf eine sozialdemokratische Anfrage eine Erklärung abgegeben, daß Sachsen für den Banzerkreuzer gestimmt habe, Preußen zu seiner Stellungnahme auch deshalb gekommen sei, um der Reichsregierung Schwierigkeiten zu bereiten, deren Ergebnis doch nur auf dem Rücken des Volkes ausgetragen werden könne.

Eine gegenrevolutionäre Organisation in Südrussland

W.B. Moskau, 9. März. (Tel.) Der Staatsanwalt beim Obersten Gerichtshof der Sowjetunion veröffentlicht eine Mitteilung über die Aufhebung einer gegenrevolutionären Organisation im Bezirk Schachtj (Dones-Becken), die sich mit der Desorganisation und Zerstörung der Steinkohlenindustrie dieses Bezirks befaßt habe. Die Zentrale der Organisation befände sich im Auslande und bestche aus ehemaligen Eigentümern und Aktionären der Kohlenunternehmungen des Dones-Beckens. Als Agenten in der Sowjetunion dienten Ingenieure, Techniker und Steiger, sowie Angestellte. Die Organisation befaßte sich jahrelang mit böswilliger Sabotage der Kohlenwirtschaft, zum Teil durch direkte Zerstörung von Bergwerken und Fabrikbetrieben, durch Brandstiftungen, Explosionen und Beschädigung der Maschinen. Die Verbrecher wurden verhaftet.

Schwere Zusammenstöße in Venezuela

W.B. London, 10. März. (Tel.) Nach einer Meldung der „Daily Mail“ berichteten in Bogotä (Kolumbien) aus Caracas (Venezuela) eingetroffene Reisende, daß wegen der Erschießung von 30 Studenten durch die Polizei bei Kundgebungen gegen Präsident Gomez, die im Zusammenhang mit der amerikanischen Aktion in Nicaragua standen, als Wiederherstellung sechs Kollisten gelohnt worden seien. Das gesamte Geschäftsleben in Caracas sei drei Tage lahmgelegt gewesen. Unbefähigten Gerichten zufolge soll der französische Gesandte, der weiteres Blutvergießen zu verhindern suchte, den Befehl erhalten haben, das Land zu verlassen. Bei den Unruhen sollen auch der chilenische Gesandte und der Sekretär der Gesandtschaft von Kuba verwundet worden sein.

Der Ausschuß für das hessische Landes-theater. Der Finanzausschuß des hessischen Landtags beriet das Kapitel 7 (Landes-theater). Das Kapitel schließt voranschlagmäßig im Einnahme mit 1 300 000 RM und in Ausgabe mit 1 772 000 RM ab. Der voranschlagmäßige Fehlbetrag für den Staat beträgt 469 000 Reichsmark, für die Stadt 384 000 RM. Das Kapitel wurde mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten und Deutschen Volkspartei gegen Landbund und Kommunisten bei Stimmhaltung des Zentrums angenommen. Ein Antrag des Landbundes, das Theater als Staatstheater aufzuheben und in ein Theater mit gemischt-wirtschaftlichem Betrieb umzuwandeln, wurde abgelehnt.

Die Kandidatenliste des Zentrums. Der Parteivorstand des Zentrums beschäftigte sich am Freitag in vertraulichen Einzelbesprechungen mit den Vorsitzenden der Landesverbände mit den Vorarbeiten zur Aufstellung der Kandidatenlisten. Dem „F. T.“ zufolge werden in den wichtigsten Gegenden Deutschlands die Kandidaturen im wesentlichen unverändert sein. Im Rheinlande wird unter allen Umständen an sicherer Stelle der frühere Reichsminister Dr. Hermes aufgestellt werden. Sichtlich der Kandidatur Dr. Bircks will die „Dtsch. Allg. Ztg.“ wissen, daß diese sich für Berlin endgültig zerschlagen habe.

Der Mecklenburg-Strelitzer Landtag hat den Antrag der Deutschnationalen und der Wirtschaftlichen Arbeitsgemeinschaft, Dr. Heiperk die Weiterführung der Amtsgeschäfte als Staatsminister zu untersagen, mit 18 gegen 16 Stimmen bei einer Stimmhaltung angenommen. Darauf erklärte Dr. Heiperk seinen Rücktritt. Ein entsprechender Antrag gegen Freiherrn Dr. v. Reibnitz wurde mit 19 gegen 10 Stimmen abgelehnt. Dr. Freiherr v. Reibnitz ist demnach zurzeit alleiniger Geschäftsminister.

Kurze Nachrichten

Der Berliner städtische Haushalt weist einen ungedeckten Fehlbetrag von 26 Millionen Reichsmark auf.

Bei den Untersuchungen der Saarbrücker Bergwerksdirektion handelt es sich um einen französischen Hauptmann a. D. namens Riff. Die verurteilte Summe ist bisher auf 834 000 Reichsmark festgesetzt worden.

Das afghanische Königspaar ist am Freitag infolge eines Pariser eingetroffen. Es begibt sich am 13. März zum offiziellen Besuch nach London. — Vor Verlassen der deutschen Grenze hat König Amanullah telegraphisch dem Reichspräsidenten für die ihm in Deutschland bewiesene Gastfreundschaft gedankt. Der Reichspräsident erwiderte in gleich herzlicher Weise.

Die Wahlen zum Londoner Grafschaftsrat. Die endgültigen Ergebnisse der Wahlen zum Londoner Grafschaftsrat sind folgende: 77 Konservative, 42 Arbeiterparteilerner und 5 Liberale. Die Konservativen verlieren 7 Sitze und die Liberalen einen, während die Arbeiterparteilerner 8 Sitze gewinnen.

Unter den Dardanellen-Entscheidungen ist ein Streik ausgebrochen, in den bereits 1300 Metallarbeiter einbezogen sind. An Bord der Schiffe ist der Streik allgemein, ebenso in den Trockendocks. Die Bewegung beginnt, sich auch auf einige Werftstätten auszudehnen.

Das französische Rekrutierungsgesetz. Der französische Senat hat am Freitag das Rekrutierungsgesetz für das Heer, das die bedingte Einführung der einjährigen Dienstzeit für den 1. November 1930 vorseht, mit 266 Stimmen — die Sozialisten enthielten sich der Stimme — angenommen.

Die französischen Nationalisten in Elsass-Lothringen. Wie Sabas aus Straßburg meldet, haben die Kandidaten der (nationalrepublikanischen) Volksvereinigung des Departements Niederelbe mit den Kandidaten der demokratischen Partei für die kommenden Wahlen eine Koalition gebildet unter der Bezeichnung „Nationale Einigung“.

Keine Flucht Radeks. Der Telegraphenagentur der Sowjetunion wird amtlich mitgeteilt, daß Nachrichten über eine angebliche Flucht Radeks aus Rußland vollkommen aus der Luft gegriffen sind.

Die Türkei und die Abrüstungsarbeiten in Genf. Der „Matin“ berichtet aus Konstantinopel, daß die türkische Regierung die Einladung, an den vorbereitenden Arbeiten der Genfer Abrüstungskommission teilzunehmen, angenommen habe.

Kodman Wanamaker †. Kodman Wanamaker, der Seniorchef der Warenhäuser Wanamaker in New York und Philadelphia, ist gestorben.

Neuzeitlicher Straßenbau

Unter dieser Überschrift veröffentlicht der „Bad. Beobachter“ einen Artikel, welchen wir wiedergeben, weil bei der Befichtigung der Landstraße von Dinglingen nach Emmendingen durch den Haushaltsausschuß des badischen Landtags diese Frage eine Rolle spielte; wir hatten auch versprochen, darauf zurückzukommen. Es heißt dort also:

Eine Straßendecke, bei der die Jahreskosten (Summe der jährlichen Zinsen des investierten Kapitalbetrags, der Rücklagen für künftige Erneuerung, des jährlichen Unterhaltungsaufwandes und der jährlichen Wartungskosten) die denbar niedrigsten sind, ist unter Leitung des Baurates Wüchner auf der Landstraße 1 Frankfurt-Waldfeld, zwischen Kippenheim und Gundelfingen, und auf der Landstraße 36, zwischen Gundelfingen und Elzach, in rund 85 Kilometer Länge erstellt worden. Die Straßen haben wassergebundene Schotterdecks mit heißer Oberflächendeckung und befinden sich in einem tadellosen Zustande. Aber verschiedene Strecken laufen ein Verkehr von 1500 Tons, und sie wurden im Sommer 1926 nur einmal geteert.

Ein Vergleich der Kosten (die Zahlen sind der badischen Regierungsbekanntmachung 1925 entnommen) einer Kleinpflasterdecke und einer wassergebundenen Schotterdecke mit Oberflächendeckung zeigt einen gewaltigen Unterschied. Bei der Kleinpflasterdecke kosten 100 Meter bei 4,5 Meter Breite 5100 Reichsmark; die künftigen Erneuerungskosten betragen 3360 Reichsmark, die Jahreskosten bei 25-jähriger Lebensdauer und 7,5 prozentiger Verzinsung 467,40 RM. Bei der wassergebundenen Schotterdecke mit Oberflächendeckung betragen bei gleichen Maßen die Kosten der Eindeckung für 100 Meter nur 675 RM, für doppelte Oberflächendeckung im ersten Jahr 270 RM, für wiederholte Teerung im zweiten Jahre 67 RM und für solche in den kommenden Jahren 45 RM Unterhaltung, Hilfsarbeit und Wartung beanspruchen 49 RM. Aus diesen Einzelpreisen errechnet die badische Denkchrift bei achtjähriger Lebensdauer der Walddecke die Jahreskosten zu 287 RM. Es muß angegeben werden, daß die hier angegebenen Preise und Zinszahlen zu niedrig gegriffen sind. Nach neuesten Berechnungen betragen die Anlagekosten für 1 Kilometer Kleinpflasterdecke 68 000 RM, für 1 Kilometer Walddecke mit Oberflächendeckung nur 12 600 RM, die Jahreskosten für erstere 6230 RM, für letztere aber nur 3160 RM. Es lassen sich also für ein Kilometer an Anlagekosten 55 400 Reichsmark und an Jahreskosten 3070 RM ersparen.

Über die Methoden des Baues der wassergebundenen Schotterdecke und der Oberflächendeckung hat sich Bauwart Wüchner in einer ausführlichen Denkchrift des Näheren verbreitet. Die Möglichkeit, jährlich Hunderte von Millionen Reichsmark zu sparen, verdient genaue Prüfung. Dazu kommt aber noch, daß die Wüchner'sche Straßenbauweise eine wesentlich raschere Instandsetzung der Straßen ermöglicht. In einer Arbeitswoche läßt sich ein Kilometer mit zwei Walzen neu festlegen, in einem weiteren Tage teeren. Gegenüber allen anderen Baumethoden ist das ein sehr großer Vorteil für den Verkehr. Dazu kommt weiter, daß die notwendigen Baustoffe in Deutschland selbst im Überflusse vorhanden sind.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Der Justizetat im Haushaltsauschuss

Der Haushaltsauschuss des Landtages behandelte am Freitag den Etat des Justizministeriums, der nach den Feststellungen des Berichterstatters Abg. D. Mayer-Karlruhe (Bürg. Ver.) äußerst sparsam aufgestellt ist. Die außerordentlichen Anforderungen betragen nur 281 700 RM, d. i. gegen den letzten Etat etwa ein Drittel. Die Generaldebatte wurde vom Justizminister mit umfangreichem statistischen Material eingeleitet. Der Geschäftsgang ist bei der Justiz im Vergleich zur Vorkriegszeit immer noch sehr beträchtlich. Die Aufwertungsprozesse haben zwar stark abgenommen, doch zeigt das Betreibungswesen immer noch einen Hochstand. Es kann mit der Erweiterung der amtsgerichtlichen Zuständigkeit von 500 auf 800 RM gerechnet werden. Die Landgerichte haben gegen das Jahr 1918 eine Verminderung der Richter um etwa 10 Prozent und der mittleren Beamten um 36 Prozent erfahren, die unteren Beamten eine Vermehrung von 25 Prozent. Bei den Amtsgerichten hat sich auch das höhere und das mittlere Personal vermehrt. Gegen die Vorkriegszeit haben die Zahlungsverhältnisse um 140 Prozent zugenommen.

Von sozialdemokratischer Seite wurde anerkannt, daß sich die Arbeitsgerichte in Baden gut eingeführt haben. Ein Abgeordneter der Deutschen Volkspartei warf die Frage der Vereinfachung der Justiz auf. Der Justizminister erklärte, daß die Regierung hierzu bisher nicht Stellung genommen habe. Wenn man die eigene Justiz aufgeben wollte, so könnte man auf die Eigenständigkeit überhaupt verzichten. Er, der Minister, sei dafür nicht zu haben. Ihm erscheine auch fraglich, ob eine absolute Ersparnis dabei herauskommen würde. Kein Justiztechnisch gesehen — so äußerte sich der Minister auf die Frage nach der Vereinfachung der Justizorganisation — könnten die Amtsgerichte Vorberg, Eberbach, Neckarischhofheim, Eppingen, Philippsburg, Durlach, Gernsbach, Gengenbach und Vondorf aufgehoben werden. Es könnten auch noch andere Gerichte zusammengelegt werden; aber es fehle an den nötigen Räumlichkeiten. Gegen die Aufhebung von Gerichten und Notariaten beständen überdies recht große Bedenken, ganz abgesehen davon, daß die Ersparnisse nicht allzusehr ins Gewicht fielen. Die Gerichte sollen nicht nur Exponenten der Staatsautorität, sondern auch Helfer und Berater der Bevölkerung sein und von diesem Standpunkt aus sei eine Aufhebung von Amtsgerichten nicht erwünscht. Ein Abgeordneter des Zentrums wandte sich entschieden gegen die Vereinfachung der Justiz und auch gegen einen größeren Abbau von Amtsgerichten.

Die Sozialdemokratie wünscht keine Vereinfachung der Justiz, solange der Einheitsstaat nicht vorhanden sei. In ähnlichem Sinne äußerte sich ein demokratischer Redner. Allgemein wurde anerkannt, daß es eine Vertausendstrafe in Baden nicht gebe.

In der Einzelberatung erklärte der Justizminister, daß an Stellenvertretungen und Dienstausschüssen soweit wie irgend möglich gespart werde. Trotz des Widerstandes der Regierung, welche die Anforderung für unbedingt begründet erklärte, wurde die Position von 800 000 RM auf 700 000 RM ermäßigt. Die Anforderung für Stellenvertretung und Dienstausschüsse bei den Notariaten und Grundbuchämtern wurde von 100 000 auf 85 000 RM herabgesetzt. Allgemeine Forderungen läßt es aus, als ein kommunistischer Antrag eingebracht wurde, der sämtliche Gerichte und Staatsanwaltschaften abgeschafft wissen möchte. Dieser Antrag fand natürlich keine Gegenliebe.

Auch die sachlichen Amtskosten und verschiedene sonstige Positionen wurden auf einen gemeinsamen Antrag der Koalitionsparteien hin ermäßigt. Von der Regierung wurde mitgeteilt, daß das badische Kostengesetz in Kürze neu geordnet werden müsse. Bei dieser Gelegenheit werde man wohl auch hinsichtlich der wandelbaren Bezüge der Notare eine Änderung eintreten lassen. Auch am Bauaufwand wurde ein Abstrich von 50 000 RM vorgenommen. Mehr Aufwendungen will man erst bei Besserung der Finanzlage machen.

Im Verlaufe der Aussprache teilte der Minister u. a. mit, daß in Mannheim eine Gerichtsassessorin mit großem Erfolg als Richter tätig sei.

Zur Frage der Rheinbrücken

Aber die drei Rheinbrücken bei Ludwigshafen, Speyer und Marau führte im Reichstag Verkehrsminister Dr. Koch aus: Abg. Giesberts hat gefragt, ob diese drei Brücken jetzt gebaut werden. Die zuletzt aufgetretenen Schwierigkeiten bezüglich der Beteiligung der Länder sind jetzt behoben. Das Reich, die Reichsbahn und die Länder Baden und Bayern zusammen übernehmen je ein Drittel der Baukosten, die insgesamt 42 Millionen Reichsmark, d. h. für jeden 14 Millionen Reichsmark betragen. Um eine technisch und architektonisch möglichst einwandfreie Lösung für die drei bedeutenden Bauwerke zu gewährleisten ist die Ausschreibung eines öffentlichen Wettbewerbs beabsichtigt. Die eingegangenen Entwürfe sollen von einem Preisgericht beurteilt und die jeweils besten Lösungen der Arbeit zugrunde gelegt werden. Die Vorbereitungen hierzu sind im Gange. Die Reichsbahngesellschaft als Bauherrin hat inzwischen Anweisung gegeben, an den Baustellen die erforderlichen Bodenuntersuchungen durchzuführen. Seitens des Reiches wird in dem Haushalt für 1928 eine erste Bauquote von 665 000 RM vorgezogen. Länder und Reichsbahn wollen die gleichen Beträge einsehen. Es ist zu hoffen, daß im Spätherbst mit den Bauarbeiten begonnen werden kann.

Ankauf des Domänengebäudes in Rehl durch den Reichsfinanzminister

Dem Reichstag ist nunmehr der Nachtragset für 1927 zugegangen, der u. a. auch eine Anforderung von 202 500 RM zum Ankauf und Gerichtigung des badischen Domänenamtsgebäudes in Rehl für das Hauptzollamt Rehl vorzieht. Weitere 129 200 RM sind für den Neubau der Zollabfertigungsstelle vorgezogen. In der Begründung wird ausgeführt, daß die Zunahme des Zollverkehrs die Errichtung eines neuen Hauptzollgebäudes notwendig mache. Baden habe das Domänenamtsgebäude zum Grundstückspreis von 160 000 RM zum Kauf angeboten unter der Bedingung, daß die Reichsfinanzverwaltung auf die Nutzung des landeseigenen Gebäudes, Güterhallenstraße 12 in Mannheim, zum größten Teil verzichte. Das könne auch geschehen. Die Zollabfertigungsstelle sei jetzt in einer Holzbaracke untergebracht, die sich in schlechtem baulichen Zustand befinde. Der Neubau lasse sich im Ankauf des Domänenamtsgebäudes auf dessen Grundstück durchführen.

Bei der Bürgermeisterwahl in Bretten wurde der bisherige Bürgermeister Schemenau fast einstimmig wiedergewählt. Keine Ausschreibung der Heilbrunner Oberbürgermeisterstelle. Der Heilbrunner Stadtrat hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, von einer öffentlichen Ausschreibung der Oberbürgermeisterstelle Abstand zu nehmen.

Die Daidde-Buffon-Fest

Dr. Freiburg i. Br., 9. März. Nach einer amtlichen Mitteilung wird der Staatspräsident Dr. h. c. Memmele auf besonderen Wunsch das Auswärtige Amt bei der für den kommenden Sonntag im hiesigen Stadttheater vorzugesetzten Feier zu Ehren der beiden Preisträger des Friedensnobelpreises, Prof. Daidde und Prof. Buffon, vertreten.

Aus den Parteien

Dr. Schofer führt in einem Artikel im „Badischen Beobachter“ zur Reform des Wahlrechtes u. a. aus: Für das Zentrum in Baden ist es eine Selbstverständlichkeit, daß die von ihm vertretenen Kandidaten sich im Falle der Wahl für die Reform entschieden einsetzen. Die Verbindung des Abgeordneten mit seinem Wahlkreis ist eine Staatsnotwendigkeit. Sie vernachlässigen, bedeutet eine ernste Gefährdung der Fundamente des heutigen Staates. Als störend hat sich erwiesen, daß Landtag und Reichstag gar keine Personalverbindung mehr haben. Das Zentrum hat ein ganz besonderes Interesse, diese Verbindung wieder herzustellen.

In Baden-Baden findet heute und morgen die Sitzung des geschäftsführenden und des Landesauschusses der Deutschen Volkspartei statt, zu der auch Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius erwartet wird. Hauptthema der Beratungen wird die Aufstellung der Kandidatenliste für die bevorstehenden Reichstagswahlen sein. Heute abend findet zu Ehren des Reichswirtschaftsministers im Kurhaus ein Begrüßungsabend statt.

Andauernder Schneefall in Südbaden

Dr. Freiburg, 10. März. In ganz Südbaden schneit es seit gestern abend ununterbrochen bei Temperaturen von einigen Grad unter Null. Auf dem Schwarzwald liegt eine Neuschneebedeckung von 20 Zentimeter.

Dr. Frankfurt a. M., 10. März. (Tel.) Wie in Nord- und Mitteldeutschland ist jetzt auch in Süddeutschland ein Witterungsumschlag erfolgt. Nach starker Abkühlung in der vergangenen Nacht sind heute in der Pfalz, in Baden und Odenwald starke Schneefälle eingetreten. In Frankfurt selbst herrscht seit heute früh 8 Uhr ziemlich starker Schneefall.

Aus der Landeshauptstadt

Theatergemeinde des Bühnenvereins Karlsruhe. Was sind die musikalischen Komödien? Versuche, längst vergessene, oft nur in Handschriften vorhandene Melodien alter deutscher Meister für Singspiele zu bewerten, deren Stoffe und Texte neu sind, die sich aber ganz dem Charakter und Geiste der alten Melodien anpassen. So wurden durch Erich Fischer alte Schätze gehoben und wieder lebendig gemacht, die dem Volke besonders in einer Zeit nahegebracht werden sollen, die mehr denn je Gefahr läuft, den Sinn für alte deutsche Melodien zu verlieren. Die Aufführungen der „Musikalischen Komödien“ durch das Ensemble der Mündener Kammeroper bedeutet daher einen besonderen Beitrag zur volksbildenden Musikpflege der Gegenwart. Den Gastspielen kommt daher auch für uns eine hervorragende Bedeutung zu. Zur Aufführung gelangen nun hier noch nicht aufgeführte Werke: Maria, ein Komödienstück von Helene und Erich Fischer, Musik von Wilhelm Brugger; Die Spieluhr, die Geschichte eines Lotteriegewinnes von Helene und Erich Fischer, Musik von Albert Vorhing.

Badisches Landestheater. Am Dienstag, den 13., und Mittwoch, den 14. März, findet ein Gastspiel Eugen Klopfers mit eigenem Ensemble statt, wobei Richard Dehmels Drama „Menschenfreunde“ und Tristan Bernard's Komödie „Abgemacht“ (Embrassy moi!) zur heftigen Erstaufführung gelangen werden. Das Wiederauftreten Klopfers auf unserer Bühne darf nach seinen so überaus erfolgreichen und wirkungsvollen vorausgegangenen Gastspielen in Bahr's „Meister“ und Hauptmann's „Michael Kramer“ unstreitig das lebhafteste Interesse unserer Theaterpublikums beanspruchen. — Am Sonntag findet nachmittags 15 Uhr die 5. Vorstellung der Sondermiete für Auswärtige statt. Zur Aufführung gelangt Saint-Saëns' Oper „Samson und Dalila“. Die musikalische Leitung liegt in Händen von Rudolf Schwarz, die Regie hat Otto Krauß. 19½ Uhr geht die mit großem Beifall aufgenommene komische Oper „Der Waffenschmied“ von Vorhing zum zweitenmal in Szene. Musikalische Leitung: Joseph Keilberth. Regie: Robert Lebert.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Die Kaltluft hat sich südwärts weiter ausgedehnt und heute früh die Alpen erreicht. In ganz Mittel- und Süddeutschland fallen die Niederschläge als Schnee. Im Gebirge liegt z. B. 20 Zentimeter Neuschnee. Da sich das nord-südliche Druckgefälle seit gestern noch verstärkt hat, besteht für die nächsten Tage Aussicht auf nachwinternartige Witterung. Voraussage für Sonntag, 11. März: Weitere Schneefälle und Frosttemperaturen, auch in der Ebene, nordöstliche Winde, später zeitweise aufheiternd.

Kurze Nachrichten aus Baden

* Reichen, 9. März. Vor einigen Tagen hielt die Landw. Ein- und Verkaufsgenossenschaft Reichen ihre Generalversammlung, verbunden mit der Feier des 25-jährigen Jubiläums ab. Die alten treuen Genossenschaftler Gustav Ullmer, Redner Wilhelm Rupp, Heinrich Krittman, Georg Brenneisen, August Rupp, Stefan Hammer, Jakob Ullmer und Georg Doll wurden vom Genossenschaftsverband durch Überreichung schöner Ehrenurkunden geehrt. Sie und etwa 20 Gründungsmitglieder erhielten landwirtschaftliche Bücher. Der Redner des Vereins, Wilhelm Rupp, gab einen Bericht über die Entwicklung des Vereins seit der Gründung. In und zwischen den Reihen stand viel von der ungeheuren Kleinarbeit, die in den 25 Jahren zum Segen für die Gemeinde Reichen geleistet worden ist.

Dr. Kastatt, 10. März. Der gestern wegen Sittlichkeitsverbrechen verhaftete verheiratete Maurer Vollian aus Niederbühl, in Kastatt wohnhaft, hat sich im Amtsgerichtsgefängnis erhängt. Er soll sich an schulpflichtigen Kindern vergangen haben.

Dr. Freiburg i. Br., 9. März. In Anwesenheit zahlreicher Vertreter staatlicher und städtischer Behörden fand gestern hier in der Festhalle die Eröffnung der vom Freiburger Hausfrauenbund veranstalteten Ausstellung „Der Haushalt der Neuzeit“ statt. Aus dem Reinertrag der Ausstellung soll der Grundstock für ein Altersheim gebildet werden.

Dr. Schöna (bad. Schwarzwald), 9. März. Der Gemeinderat und der Kur- und Verkehrsverein haben vor einiger Zeit bei der Oberpostdirektion den Antrag gestellt, die postalische Zeichnung der Stadt an Stelle von „Schöna (Wiesental)“ in „Schöna (badischer Schwarzwald)“ umzuändern. Die Oberpostdirektion hat nunmehr diesem Antrag, der die Vermeidung vieler Fehlleitungen zum Ziele hat, zugestimmt, so daß bald der Poststempel „Schöna (badischer Schwarzwald)“ lauten wird. Es gibt annähernd 40 Orte mit dem Namen Schöna, darunter auch ein Schöna in Westfalen.

Dr. Lörach, 9. März. Die Betriebsratswahlen bei der Reichsbahn ergaben im Ortsgruppenbereich Lörach-Basel bei einer Wahlbeteiligung von 91½ Proz. von 961 abgegebenen gültigen Stimmen 826 für den Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands und 135 Stimmen für die Christlich-nationale Gewerkschaft deutscher Eisenbahner. Gegenüber der Wahl im Mai 1927 gewinnt der Einheitsverband 69 und verliert die Gewerkschaft 68 Stimmen.

Dr. Konstanz, 9. März. Eine im Seckreis und im ganzen Lande bekannte Persönlichkeit, Landgerichtsdirektor a. D. Dr. Freiherr Karl Rüpplin, vollendet morgen in geistiger und körperlicher Frische seinen 75. Geburtstag. Am 15. Juni 1919 war der Jubilar in den Ruhestand getreten.

Dr. Speyer, 10. März. Am Sonntag, 4. März wurde die ledige Katharina Kelle aus Ludwigswinkel in der Nähe der Station Rothweiler von einem marokkanischen Soldaten niedergeschlagen und vergewaltigt. Der Vorgang wird erst jetzt bekannt, weil die überfallene sich zunächst an die französische Militärbehörde gemeldet hat. Nunmehr haben auch die deutschen Behörden die Untersuchung aufgenommen.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	10. März		9. März	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.21	168.55	168.18	168.52
Kopenhagen 100 Kr.	111.99	112.21	111.98	112.20
Japan . . . 100 L.	22.10	22.14	22.10	22.14
London . . . 1 Pf.	20.397	20.437	20.396	20.436
New York . . 1 D.	4.800	4.1880	4.1805	4.1885
Paris . . . 100 Fr.	16.44	16.48	16.44	16.48
Schweiz . . . 100 Fr.	80.46	80.62	80.455	80.615
Wien 100 Schilling	58.81	58.99	58.86	58.98
Prag . . . 100 Kr.	12.385	12.405	12.388	12.408

Der Ausweis der Reichsbank vom 7. März besagt u. a.: Die Bestände an Gold und bedungsfähigen Devisen sind mit 2185,6 Millionen RM, im einzelnen die Goldbestände mit 1888,3 Millionen RM, die Bestände an bedungsfähigen Devisen mit 297,3 Mill. RM ausgegeben. Die Deckung der Noten durch Gold allein besserte sich von 44,2 Prozent in der Vorwoche auf 46,4 Prozent, die durch Gold und bedungsfähige Devisen von 50,8 Prozent auf 53,7 Prozent.

Der Verkehr in den Mannheimer Häfen im Jahre 1927. Der Gesamtverkehr in den Mannheimer Häfen war im abgelaufenen Jahre um 18 Proz. geringer als 1918. Gegen 1926 dagegen ist eine Zunahme um 13,3 Proz. zu verzeichnen.

Börsen und Märkte

Wochenrückblick nach dem Stande vom 8. März

Die Börse lag in dieser Woche uneinheitlich und im Verkauf überwiegend zurück. Das Angebot nahm zu, weil das Publikumsgeschäft, das sich zu Anfang der Woche geringfügig zu beleben schien, wieder fast völlig aufgehört hatte. Das Kursniveau war allgemein abgeschwächt. Besonders gedrückt waren Montanwerte. Auch Bankwerte bröckelten ab; ebenso waren Farbenaktien und Elektrowerte bei größerem Angebot schwächer. Der Anleihemarkt war im Gegensatz zu den Aktienmärkten gut gehalten.

Geldmarkt: Die Versteigerung hielt noch in dieser Woche an, was mit den im laufenden Monat zu leistenden Zahlungen aus dem Industrieerleichterungsgesetz in Verbindung gebracht wird. Die Geldmarktsfrage ist weiter sehr erheblich.

Die Produktmärkte lagen in dieser Woche fest. Besonders nach Weizen und Roggen bestand lebhafter Nachfrage und die Preise gingen in die Höhe.

Warenmarkt: Da die Lederindustrie sich im Einkauf zurückhielt, flauten die Hautpreise im allgemeinen ab. Die Leipziger Frühjahrsmesse hat in diesem Jahre ein sehr gutes Geschäft in allen Branchen aufzuweisen.

Verschiedenes

Aufzeichnung eines starken Fernbebens

Dr. Gohenheim, 10. März. (Tel.) Gestern abend wurde von den Instrumenten der hiesigen Erdbebenwarte ein starkes Fernbeben aufgezeichnet. Der Herd befindet sich in einer Entfernung von 9200 Kilometer und ist in etwa östlicher Richtung zu suchen. Die ersten Bebenwellen trafen hier um 19.18 Uhr ein.

Schiffbruch eines Dampfers

Dr. Boston, 10. März. (Tel.) Der Dampfer „Robert C. Lee“ hat während eines heftigen Schneesturms den Kurs verloren und ist an der Küste der Massachusetts-Bay auf ein Felsenriff, die von der Küste eine Meile, von Plymouth-Harbor drei Meilen entfernt ist, aufgelaufen. Der hohe Seegang und zahlreiche Klippen machten es unmöglich, während der Nacht das Schiff mit Rettungsbooten zu erreichen. Man erwartet aber, daß heute morgen die Passagiere des Schiffes an Land gebracht werden können.

Eine Verbrecherbande

Bei Gastrop-Nauzel wurde eine weitverzweigte Räuber-, Mörder- und Einbrecherbande ungeschädlich gemacht, die seit Monaten das westfälische Industriegebiet und das Münsterland heimsuchte. Sie hat u. a. einen Raubmord und einen großen Silberdiebstahl im Schloß Ludern auf dem Gewissen. Im Walde verriet fand man ein reichhaltiges Diebeslager, u. a. 150 000 RM in Wertpapieren, einen Koffer mit Tafel Silber usw. Bisher wurden 10 Verhaftungen vorgenommen; weitere stehen bevor.

Flug einer Frau von England nach Kapstadt

Dr. London, 10. März. Laut „Evening News“ ist die Fliegerin Lady Watten, die Frau eines südafrikanischen Millionärs, gestern nachmittags allein auf dem Flugplatz Croydon zu einem Flug nach Kapstadt gestartet, der über Frankreich, Italien, Malta, Ägypten und den Sudan mit möglichst wenig Zwischenlandungen durchgeführt werden soll.



Badisches Landestheater

Sonntag, den 11. März, vormittags 11½ Uhr
Zum 100. Geburtstag von Henrik Ibsen

Morgenfeier

Vortragender: Prof. Dr. Jaefl

Anfang 11½ Uhr Ende 12½ Uhr
I. Rang und Sperrpl. 2 RM, alle übrigen Plätze 1 RM

Ein überzeugendes Frühjahrs-Angebot:

der Strumpf — der Handschuh
der Schuh —

sie sind ausschlaggebend
für die korrekte Kleidung

Seien auch Sie elegant — und erfüllen
Sie sich Ihre Frühjahrswünsche —
unsere Preise machen es Ihnen leicht

Beachten Sie unsere Schaufenster

Geschw.

KNOPF

Badische Lichtspiele

KONZERTHAUS

Samstag, den 10., Dienstag, den 13., Mittwoch, den 14. und
Donnerstag, den 15. März 1928, 20.15 Uhr
Samstag und Mittwoch auch 16 Uhr
Sonntag, 11. März, nur 16 Uhr

Erstaufführung

Im Lande des silbernen Löwen

Eine Reise nach Persien von Bernhard Kellermann

Musikbegleitung: Polizeikapelle

Preise, Vorverkauf und Ermäßigungen wie üblich.

237

Große Festhalle

Mittwoch

14.

März, 8 Uhr

Tanz-Abend

Anna

PAWLOWA

aus Petersburg

Einziges Gastspiel

der berühmtesten Tanzkünstlerin unserer Zeit
mit ihrem Ensemble

Karten zu 8, 7, 6, 5, 4, 3 und 2 RM. bei

217

Kurt Neufeldt

Waldstraße 39, Tel. 2577

Erstklassigen

**Straßenschotter
Gleisschotter
Betonschotter
Betonsplitt
Stücksteine • Grus • Sand**
liefert

PORPHYRWERK DOSENHEIM

Tel. Heidelberg 4094 H. Vatter Tel. Heidelberg 4094
Dossenheim a. d. Bergstraße

97

(seither Staatliches Porphywerk.)

Theatergemeinde

Künstlerhaus

Sonntag, 11. bis Freitag, 16. März, 8 Uhr
Gastspiel Dr. Erich Fischers

Musikalische Komödien

(München)

Karten zu 2 RM. in der Geschäftsstelle
(9 bis 1 und 4 bis 6 Uhr)

233

Haus-Standuhren

Direkt ab Spezial-Fabrik, konkurrenzlos
billig, von 70 RM. an
Angen, Teilzahlungen, mehrjähr. Garantie
Überaus viele Dankschreiben
Katalog kostenlos, Vertreterbesuch unverb.
E. Lauffer, Spezial-Fabrik
Schwenningen a. N. (Schwarzwald)



Polizeidienerstelle.

Dahier ist auf 1. April d. J. eine Polizeidienerstelle
neu zu besetzen. Probezeit 6 Monate, bei Bewährung
erfolgt Anstellung. Beförderung nach Gruppe III mit
Aufstiegsmöglichkeit. 5. 223
Die Stelle ist den Verordnungsamtsverwaltern vorbehalten.
Bewerbungen mit Lebenslauf, Zeugnissen und Lichtbild
sind bis spätestens 20. März d. J. an Bürgermeisterei
Schriesheim einzureichen.
Persönliche Vorstellung nicht gewünscht.
Schriesheim im Amt Mannheim, 29. Februar 1928.
Der Bürgermeister:
Rufert.

Die Angebote sind ver-
schlossen und portofrei mit
der Aufschrift Straßenbau
Wembach-Of bis läng-
stens Donnerstag, den 15.
März, vorm. 11 Uhr, an
uns einzuwenden. Zu-
schlagsfrist 14 Tage. 22.690

Rechtshilfer

Langmühlholz-Verkauf

des Bad. Forstamts Gu-
denfeld in Forstheim (Ge-
schäftszimmer Forststr. 1,
Fernruf 2151) etwa 1680
im Tannen- und 720 im
Fichtenrundholzer aus
Staatswaldbezirken I,
II, III und IX. Ange-
bote nur in ganzen Pro-
zenten der neuen V.G.B.
von 1927, bis spätestens
Mittwoch, den 14. März
1928, nachm. 4 Uhr, erbe-
ten. Auskunft und Visten-
auszüge durch das Forst-
amt. 22.679

Les Bücher
Wissen ist Macht!

COLOSSEUM

Waldstraße 16
Telephon 5599

Täglich 8 Uhr
Sonntags 4 u. 8 Uhr

Die große REVUE Im Flug um die Welt



Badisches Landestheater

Sonntag, 11. März 1928

Nachmittags 15 Uhr

5. Vorstellung der Sonder-
miete für Auswärtige

Samson und Dalila

von Saint-Saëns

Musikalische Leitung:
Rudolf Schwarz

In Szene gesetzt von
Otto Krauß

Dalila Samson

Oberpriefer Rühr

Albmelech Vogel

Gebrüder Dr. Bucherpfennig

Kriegsbote Laufpöcker

Anführer Kalnbach

Göhlinger

Tänze von Edith Bielefeld

einstudiert

Chöre: Georg Hofmann

Anfang 15 Ende 17 1/2

I. Rang- und I. Sperrfif

4 RM.

Sonntag, 11. März 1928

A 20 Th.-Gem. 3. S.-Gr.

(I. Hälfte)

Abends:

Der Waffenschmied

von Lorhing

Musikalische Leitung:
Joseph Keilberth

In Szene gesetzt von
Robert Lebert

Städinger Vogel

Marie Schneider

Liebenau Wepauch

Georg Laufpöcker

Adelhof Löfer

Fementaut Weiner

Brenner Gröhinger

Gefelle Arca

Anfang 19 1/2 Ende nach 22

I. Rang und I. Sperrfif

8 RM.

Montag, 12. März 1928

* C 18 Th.-Gem. 1401-1550

und 3. S.-Gr. (2. Hälfte)

Cavalleria rusticana

(Sizilianische Bauernchöre)

von Mascagni

Musikalische Leitung:
Rudolf Schwarz

In Szene gesetzt von
Otto Krauß

Santuzza Lucia Alfio Lola

von Hartung

Strad

Weiner

Mühe

Seiberlich

Gierauf

Der Bajazzo

von Leoncavallo

Musikalische Leitung:
Rudolf Schwarz

In Szene gesetzt von
Otto Krauß

Canio Wentwig

Nedda Blant

Lonio Mühe

Beppo Laufpöcker

Silvio Köfer

Dauer Gröhinger

In der Komödie

Bajazzo Wentwig

Colombine Blant

Laddeo Mühe

Carlekin Laufpöcker

Chöre: Georg Hofmann

Anfang 19 1/2 Ende 22

I. Rang und I. Sperrfif

7 RM.

Dienstag, 13. März:

Gastspiel Eugen Klöpfer:

Die Menschenfreund.

Mittwoch, 14. März:

Gastspiel Eugen Klöpfer:

Abgemacht Kupf.

Im Gärt. Konzerthaus

* Sonntag, 11. März 1928

Zum erstenmal

Der Siebente Tag

von Schöner und Weiss

In Szene gesetzt von
Fritz Herz

Mägelin Höfer

Ludmilla Ziegler

Charlotte Quaiser

Stechau Keitgeb

Leonore Müller

Amadeus Dahlen

Fabian Mademacher

Vettori Brand

Spontinello Graf

Dobhoff von der Trend

Onkel Moberl

Hanra Müter

Brigitte Mehner

Stolpe Schmede

Echtermayer Gemeide

Agathe Silber

Tante Lautenschläger

Anfang 19 1/2 Ende nach 22

I. Parfett 4,20 RM.

Strassenbauarbeiten

Namens der Gemeinde
Hof vergibt das Wasser-
und Straßenbauamt Ver-
trag auf dem Wege des
öffentlichen Wettbewerbs
die Strassenbauarbeiten
zur Verbesserung des Ge-

meindewegs Wembach-Of.
Die Arbeiten umfassen:
4000 cbm Erdbewegung,
3200 qm Fahrbahnherstel-
lung, Herstellen eines ge-
mauerten Dohlsens, Ver-
legen von 60 lfd. Meter
Zementrohren, Herstellen
von 240 cbm Trocken-

mauerwerk, einschl. der
üblichen Nebenarbeiten.
Pläne, Unterlagen und
Bedingungen können bei
Stabhalter Karte in Hof
eingesehen werden, daselbst
werden auch die Angebots-
bordrude gegen Entrich-
tung von 1 RM abgegeben.

Druck G. Braun, Karlsruhe